

WIR EURO PÄER

Mitteilungsblatt der Union
Europäischer Föderalisten (UEF)
und des Bundes Europäischer
Jugend (BEJ) Oberösterreichs
und des Europahauses Linz

NUMMER
SEPTEMBER 2001 **3/2001**

€ 0,73, S 10.–
4010 Linz; Postfach 384

Erfreuliche Europasignale

beim Europa-Forum Neumarkt 2001

Zielperspektive Verfassung für die erweiterte EU

Das diesjährige Europa-Forum Neumarkt befasste sich auf Schloss Forchtenstein mit der Zukunft der Europäischen Union. Über 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus 14 Ländern Ost- und Westeuropas konnte Chef-Organisator Max Wratschgo vom 13. bis 15. Juli 2001 im Europahaus begrüßen.

Die Themen:

- die EU-Erweiterung,
- die soziale Dimension der EU,
- die Euro-Einführung und
- die Perspektiven einer Europäischen Verfassung.

In der Eröffnungsdiskussion kritisierte **Otto Schmuck** (Mitglied des Vorstandes der UEF) in seinem Referat den zurückliegenden EU-Gipfel von Nizza und die Reformaussichten bis 2004. Die Ergebnisse des Treffens der Staats- und Regierungschefs von Nizza im Dezember vergangenen Jahres waren im Hinblick auf die Herausforderungen der EU unzureichend. (Waren sie jemals schon ausreichend? Anmerkung der Redaktion)

Notwendig sei eine umfassende Reform mit dem Ziel einer handlungsfähigen und demokratischen Gemeinschaft. In der gegenwärtigen



ELSA zu Besuch beim Europaforum Neumarkt: Seit einiger Zeit bietet jährlich die Bezirkshauptmannschaft Bruck an der Mur Jus-Studentinnen aus den Mittel- und Osteuropäischen Staaten im Rahmen von ELSA (European Law Student Association), einem EU-geförderten Bildungsprogramm, in den Sommermonaten ein Praktikum. Für Bezirkshauptmann HR Dr. Jörg Hofreiter (obere Reihe 1. v. li.) gehört es im Rahmen dieses Praktikums zur guten Tradition, den Praktikantinnen die Teilnahme am Europaforum Neumarkt zu ermöglichen.
Foto: Kremaier

Situation müsse eine breite öffentliche Diskussion zur Zukunft der EU geführt werden, an deren Ende ein Konvent unter Beteiligung der Parlamente stehen müsse. Die Beschlüsse dieses Konventes dienen der Vorbereitung bzw. Ausarbeitung der notwendigen Reformen in den EU-Organen.

Christoph Leitl, Präsident der Österreichischen Wirtschaftskammer, unterstrich die Notwendigkeit der Weiterentwicklung der sozialen Dimension der EU. Mit dem Sozialen Dialog stehe ein geeignetes Instrument für freiwillige Vereinbarungen der Sozialpartner zur Verfügung, das sich bewährt habe. Dieser Einschätzung wurde von **Karl-Heinz Nachtnebel**, Internationaler Sekretär des ÖGB, widersprochen. Die Arbeitgeber hätten sich nur dann zu freiwilligen Vereinbarungen bereit gefunden, wenn strengere EU-Regelungen durch die Kommission gedroht hät-

ten. Nach Auffassung der Gewerkschaften müssten soziale Anliegen in der EU einen höheren Stellenwert erhalten. Die Erweiterung der EU werde begrüßt, doch sind soziale Probleme, vor allem in Grenzgebieten, zu verhindern. Deshalb müsse man über Fristen- und Übergangsregelungen verhandeln und befriedigende Regelungen finden.

Christoph Leitl wies in der Diskussion darauf hin, dass auch die Grenzgebiete von der Erweiterung profitieren könnten. Betriebe siedeln sich an, neue Arbeitsplätze werden geschaffen. Die Vorteile der Erweiterung sind vor allem im Außenhandel erkennbar und durchaus wechselseitig: So sei der österreichische Außenhandel mit den MOE-Ländern in den zurückliegenden fünf Jahren um 100 Prozent gestiegen. Umgekehrt konnten diese Länder ihre Exporte nach Österreich sogar um 130 Prozent steigern.



Die Sozialpartner: Präsident Dr. Leitl (li.) und Nachtnebel (re.) beim Gedankenaustausch im Schlosshof von Forchtenstein.
Foto: Kremaier



Besonders erfreut zeigte sich Julius von Boetticher aus Bad Goisern über seinen Verwandten aus Deutschland (von li. n. re: Bundesobmann der EFB Max Wratschgo, Christian von Boetticher, M. d. EP Julius von Boetticher)
Foto: Bauernberger

Christian von Boetticher, Mitglied des EP, stellte die Haltung des Europäischen Parlaments zur aktuellen Reformdebatte dar. Gefordert wird ein Verfassungsvertrag, mit inhaltlichen Regelungen zu den Grundrechten, zu den Befugnissen, institutionellen Regelungen und Übergangsfristen. Zweckmäßig ist eine Zweiteilung der Verträge in einen Grundlagenteil mit Verfassungscharakter und einen eher „technischen“ Teil. Boetticher wies auf die Probleme der Mobilisierung hin. Viele EU-Bürger würden sich für derartige Fragen nicht interessieren.

rische Notwendigkeit. Nach den Römischen Verträgen habe jeder europäische Staat das Recht auf die Mitgliedschaft. Wichtig sei die wirtschaftliche Seite, die u. a. Fragen wie Strukturförderung und Wettbewerbsfähigkeit umfasse. Genauso wichtig seien aber auch demokratische Strukturen und die Achtung der Menschenrechte in den Beitrittsstaaten. In den letzten Jahren gab es deutliche Fortschritte.

Zwei Vertreter aus den Kandidatenländern stellten die Erwartungen an die Mitgliedschaft und die Fortschritte in den Verhandlungen dar.



Regierungsbeauftragter Dr. Erhard Busek im Gespräch mit Max Wratschgo: Sie haben gemeinsam, ein Europa-Forum zu organisieren, der eine in Alpbach in Tirol, der andere in Neumarkt in der Steiermark. Foto: Kremailer

Erhard Busek, Beauftragter der österreichischen Regierung für die EU-Erweiterung, vertrat die Position, die Aufnahme der östlichen Nachbarn in die EU sei keine „Gnade“, sondern eine histo-

Adras Orgovanyi vom Außenministerium in Budapest wies darauf hin, dass Ungarn seine Interessen besser in der EU als von außen vertreten könne.

Ungarn habe große Anstrengungen für den Beitritt unternommen.

Das Land sei reif für den Beitritt und erwarte einen raschen Abschluss der Verhandlungen.



Adras Orgovanyi vom Außenministerium in Budapest, Vertreter der Kommission Albrecht Rothacher, Moderator Romain Durllet aus Luxemburg, Bürgermeister von Maribor Boris Sovic (v. li. n. re.)
Foto: Bauernberger

Boris Sovic, Bürgermeister von Maribor, berichtete über die wirtschaftlichen Erfolge Sloweniens. Bereits jetzt liege das Pro-Kopf-Einkommen über denjenigen einiger EU-Staaten. Gerade für sein Land gelte, dass die Befürchtungen einer ungesteuerten Arbeitsmigration nach dem Beitritt keine Ursache habe. Die zwei Millionen Sloweninnen und Slowenen seien sehr heimatverbunden und die wirtschaftliche Lage des Landes sei positiv.

Der Vertreter der Kommission, **Albrecht Rothacher**, skizzierte den Zeitplan der Erweiterung. Die EU-Staats- und Regierungschefs hätten zuletzt in Göteborg unterstrichen, dass die Verhandlungen so abgeschlossen wer-

den sollen, dass die ersten Neumitglieder im Juni 2004 an den Europawahlen teilnehmen könnten. Heute sei schwer absehbar, welche Staaten zu dieser erste Gruppe gehören werden. Die Verhandlungen mit Ungarn, Zypern und Slowenien seien am weitesten fortgeschritten. Derzeit würde über Ausnahmeregelungen verhandelt, die von beiden Seiten gefordert würden. Der Fahrplan der Erweiterung sei somit eindeutig festgelegt. Nun komme es darauf an, die letzten Hürden aus dem Weg zu räumen.

Die Abschlussdiskussion des Forums war dem Thema „Erwartungen an die Europäische Verfassung“ gewidmet. **Erhard Meier**, ehemaliges Mitglied des Europäischen Parlaments, kritisierte



Meier bei seinem eindrucksvollen Vortrag, wie man am besten eine europäische Verfassung konstruieren könnte. Er überraschte dabei auch die Zuhörer mit einer aktuellen EU-Eskapade: Als Erhard Meier, ehemaliges Mitglied des Europäischen Parlaments, an der südsteirischen Weinstraße in eine Buschenschenke einkehrte und eine Brettljause bestellte, wurde ihm diese auf einem Teller serviert. Als er auf einer „Brettljause“ beharrte, wurde er belehrt, dass Brüssel die Brettln verpöne. Sie seien unhygienisch, in den Rillen könnten sich Bakterien festsetzen. Bisher wurde jedoch kein Krankheitsfall wegen eines unreinen Brettls bekannt. Wenn die EU in diesem Stile weitermacht, so Meier, wird sie sich in einem Meer von Kleinigkeiten verlieren.
Foto: Kremailer

die Vielzahl und den Umfang der geltenden Rechtsdokumente der EU. Notwendig sei eine für die Bürger verständliche Verfassung, die auf dem Prinzip der Gewaltenteilung beruhe. Der Prozess der Verfassungsgebung müsse unumkehrbar sein.



Außenminister a. D. **Willibald Pahr** ging auf die Vorgeschichte der europäischen Verfassungsdebatte ein. Bereits vor 50 Jahren sei ein Entwurf ausgearbeitet worden, der damals nicht verwirklicht werden konnte. Heute gebe es eine Realverfassung, die aber für die Bürger nicht erkennbar sei. Deshalb müsse ein neues Dokument ausgearbeitet werden. Darin müssten die Rechtssetzungsverfahren und die Kompetenzen der EU geregelt werden. Das Rechtssetzungsmonopol müsse beim Europäischen Parlament liegen, ergänzt durch Mitwirkungsrechte der Staatenkammer, die aus dem Rat hervorgehen müsse. Bei der Kompetenzverteilung müsse man neue Wege gehen. Die Verteilung könne nicht nur vertikal sondern auch horizontal erfolgen. Konkret bedeute dies, dass die EU über Grundsätze

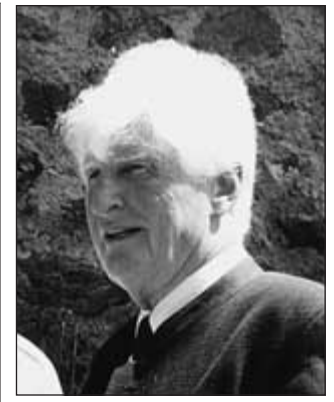
entscheiden solle, die Mitgliedstaaten sollten sich um die Umsetzung und die Regionen und Kommunen um die Ausführung kümmern. (Diesen Vorschlägen wurde in der Diskussion mit dem Hinweis auf das Subsidiaritätsprinzip widersprochen.)



Mit der Frage der Realisierungschancen einer Europäischen Verfassung befasste sich **Otto Schmuck**. Aufgabe der europäischen Föderalisten müsse es sein, die Ziele klar zu benennen und eine realistische Strategie zur Verwirklichung zu entwickeln. Dabei könne auf die guten Erfahrungen mit dem Konvent zur Ausarbeitung der Grundrechtscharta zurückgegriffen werden. Hauptproblem werde es sein, die zögernden Staaten auf dem Weg zur Verfassung zu überzeugen und mitzunehmen.

Botschafter a. D. **Wolfgang Wolte** wies auf die schlechte Europastimmung hin, die auch durch die negative Berichterstattung der Medien bewirkt werde. Zu kritisieren sei, dass die Politiker den Negativ-Berichten nicht energischer entgegengetreten. Die EU sei heute zu kompliziert.

Wichtig sei die Mehrheitsentscheidung in der EU. Mit der Grundrechtscharta sei ein wichtiger Schritt zu mehr Bürgernähe getan worden. Notwendig sei zum einen Kompromissfähigkeit, zum anderen brauche man Tatkraft und klare Ziele. Auf große Zustimmung stieß der abschließende Appell von Botschafter Wolte: „Nur die Optimisten werden siegen!“



Traditionelle Bundesvorstandssitzungen



Bundesvorstandssitzung des BEJ/JEF Österreich am Sonntag, den 15. Juli 2001, auf Schloss Forchtenstein in Neumarkt (Stmk.)
Foto: Kremaier

Umsetzung der Beratungen sind genau so wichtig wie die Aufnahme von aktuellen Informationen und Diskussionen bei Tagungen.

Schon fast traditionell finden daher anschließend nach jedem Europa-Forum in Neumarkt Bundesvorstandssitzungen der EFB und des BEJ/JEF statt, um das Arbeitsprogramm festzulegen.

Vor den Sitzungen wurden die Bundesvorstandsmitglieder mit den Kochkünsten von Frau Christa Hofmeister konfrontiert (ebenfalls schon Tradition), die seit drei Jahren die Agenden der Verwalterin des Schlosses Forchtenstein inne hat. Für besondere Verdienste erhielt unsere Europa-Christi die Ehrenplakette der Marktgemeinde Neumarkt. WE gratuliert dazu sehr aufrichtig.



Die Zeit für die europäische Verfassung ist reif, darüber sind sich Alteuropäer Julius von Boetticher (li.) und Jungeuropäer DJ Mike einig. Als besonders wichtig sehen beide, dass die künftigen Mitgliedstaaten in Mittel- und Osteuropa in den Prozess der Verfassungsgebung einbezogen werden.
Foto: Kremaier



Frau Christa Hofmeister erhält vom Bürgermeister der Marktgemeinde Neumarkt (Stmk.) die Ehrenplakette.

Auszeichnungsgold für zwei Redakteure in der EFBÖ



Mag. Karl Menzinger erhält die Urkunde von Bundesobmann Max Wratschgo. Foto: Hofmeister

Mag. Karl Menzinger und Dr. Franz Kremaier erhielten das Goldene Ehrenzeichen der EFB-Österreichs. 30 Jahre arbeitet Karl schon in der EFB mit. Besonders die jährlichen internationalen Ju-

In der Laudatio würdigte Bundesobmann Max Wratschgo die Verdienste von Karl und dankte, dass es ihm gelungen ist, schon so lange Zeit die Jugendtreffen in Neumarkt zu organisieren.



Dr. Franz Kremaier flankiert von Laudator Präsident Dr. Leitl (li.) und Bundesobmann Max Wratschgo. Foto: Bauernberger

gendtreffen auf dem Schloss Forchtenstein in Neumarkt tragen das Markenzeichen von Karl Menzinger. Sein Hauptaugenmerk gilt auch der Zeitung „Europastimme“ und Projekten zur europäischen Begegnung von Jugendlichen.

IMPRESSUM:
Offenlegung: Grundlegende Richtung von „Wir Europäer“ ist die Förderung aller Bestrebungen zur friedlichen Integration Europas.
Medieninhaber: Europäische Föderalistische Bewegung und Bund Europäischer Jugend OÖ., Europahaus Linz
Herausgeber:
Vorstand der EFB OÖ.
 Verlagsleiter: Dr. Franz Seibert
Redaktion: Dr. Franz Kremaier, Josef Bauernberger, alle 4010 Linz, Postfach 384.
Satz und Repros:
 Manfred Prehofer, 4072 Alkoven
Druck:
 Gutenberg-Werbering GmbH., Linz

25 Jahre arbeitet Franz in der EFB mit. 1983 wurde sein Dissertationsprojekt zur Europäischen Integration durch die Universität Salzburg approbiert. Das Schwergewicht seiner Arbeit liegt bei der Zeitung „Wir Europäer“ und der Mithilfe an der Seite von Konsulent Sepp Bauernberger bei der Organisation von Veranstaltungen zu Europa-themen.
 Franz Kremaier ist auch als geschäftsführender Vorsitzen-

der des Europahauses Linz tätig.
 In der Laudatio würdigte WK-Präsident Dr. Christoph Leitl die Verdienste von Franz und dankte, dass es ihm gelungen ist, kontinuierlich als Finanzreferent der EFBÖ für eine gediegene finanzielle Grundausstattung der Organisation zu sorgen.

Wir Europäer gratuliert beiden sehr herzlich zu dieser Auszeichnung.

Veranstaltungshinweis

Am **10. November 2001 um 19.30 Uhr** findet im Bildungshaus St. Magdalena bei Linz im Rahmen des alljährlichen Europaseminars der EFBÖ und des Europahauses Linz eine Podiumsdiskussion mit dem ehemaligen Präsidenten der EU-Kommission **Jaques Santer** und dem Präsidenten der Wirtschaftskammer Österreichs, **Dr. Christoph Leitl**, statt.

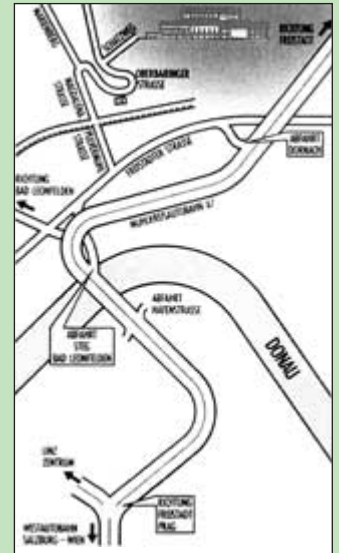
Das Generalthema lautet:

Die Zukunft der EU

Wir laden alle interessierten Europäer hiermit zur Teilnahme ein.

Anmeldungen telefonisch oder per Fax unter der Nummer 0 73 2/77 55 48 wünschenswert, wenn Sie eine Übernachtungsmöglichkeit brauchen. Das Bildungszentrum Magdalena erreichen Sie unter Telefon 0 73 2/25 30 41-0.

So finden Sie zum Bildungszentrum St. Magdalena, 4040 Linz, Schatzweg 177, E-Mail: office@bz-magdalena.at →



Versuchshomepage von Michael Kremaier:
<http://www.wireuropaer.de.vu>

Erscheinungsort Linz P.b.b.
 Verlagspostamt 4020 Linz
 01Z022721V

DVR: 064 86 55